

EU bewilligt 42,8 Millionen Euro für Hochwasserhilfe in Österreich!

EU-Parlament genehmigt 280 Millionen Euro für Hochwasserhilfe in Österreich und weiteren Ländern nach extremen Wetterereignissen.



Niederösterreich, Österreich - Am 10. Juli 2025 hat das EU-Parlament die Freigabe von 280 Millionen Euro aus dem EU-Solidaritätsfonds (EUSF) zur Unterstützung von Hochwasseropfern genehmigt. Diese Entscheidung erfolgt als Reaktion auf die verheerenden Überschwemmungen, die im Herbst 2024 weite Teile Mitteleuropas betroffen hatten. Die Mittel sollen an mehrere Länder fließen, darunter Österreich, Tschechien, Polen, die Slowakei, Bosnien und Herzegowina sowie Moldawien. Insbesondere erhält Österreich 42,8 Millionen Euro zur Deckung der Kosten, die durch das Unwettertieftief „Boris“ verursacht wurden, welches ab September 2024 starke Stürme und Regenfälle in der Region mit sich brachte.

Insgesamt umfassen die Mittel, die durch den EUSF bereitgestellt werden, wichtige Maßnahmen zur Reparatur beschädigter Infrastruktur und den Schutz der betroffenen Bevölkerung, beispielsweise durch Notunterkünfte. Die Hilfe wird durch die EU-Kommission koordiniert, die auch die Freigabe der Gelder vorgeschlagen hatte, nachdem die initial notwendigen Zustimmung des Rates der EU-Staaten bereits im Juni erteilt wurde.

Kritik und Forderungen nach zusätzlicher Unterstützung

Der SPÖ-Abgeordnete Günther Sidl äußerte sich zu der bewilligten Hilfe und betonte, dass 42,8 Millionen Euro angesichts der Milliardenkosten, die durch die Hochwasserereignisse entstanden sind, unzureichend sind. Er forderte eine deutliche Aufstockung des Solidaritätsfonds und wies auf die zunehmenden Extremwetterereignisse hin, die in den kommenden Jahren nicht weniger werden dürften. Sidl erinnerte daran, dass Niederösterreich bereits sein drittes „hundertjähriges Hochwasser“ in nur 25 Jahren erlebt hat.

Die Überschwemmungen, die im Herbst 2024 auftraten, hatten nicht nur in Österreich, sondern auch in Tschechien und darüber hinaus weitreichende Folgen. Insbesondere kam es im Oktober zu schweren Sturzfluten und Erdbeben in Zentralbosnien, was die Notwendigkeit ernsthafter und umfassender Unterstützung verdeutlichte.

EU-Solidaritätsfonds und seine Bedeutung

Der EU-Solidaritätsfonds wurde seit seiner Einführung im Jahr 2002 zu einem wichtigen Instrument in der Unterstützung von Mitgliedstaaten und Beitrittsländern nach Naturkatastrophen. Seit dieser Zeit wurden über 8,6 Milliarden Euro für 130 Katastrophen bereitgestellt, die vor allem auch zur Rekonstruktion und Wiederherstellung der Infrastruktur

eingesetzt wurden. Die aktuelle Zuweisung von 280 Millionen Euro verdeutlicht, wie dringend derartige Hilfen benötigt werden, um die langwierigen Folgen von Katastrophen zu beheben und betroffene Gemeinschaften zu unterstützen.

Insgesamt zeigt die umfassende Hilfe, dass die EU fest entschlossen ist, die von Naturkatastrophen betroffenen Regionen in ihrer Notlage zu unterstützen. Dennoch bleibt abzuwarten, wie schnell die Hilfen ankommen und in welchem Umfang zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Herausforderungen des Klimawandels und der damit verbundenen Extremwetterereignisse in Zukunft ergriffen werden.

Details	
Vorfall	Naturkatastrophe
Ursache	Hochwasser
Ort	Niederösterreich, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• orf.at• www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at